

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 18/6879



UVNord Postfach 9 10 24758 Rendsburg

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Wirtschaftsausschuss  
Vorsitzender Herr Christopher Vogt  
Landeshaus  
Düsterbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Per E-Mail: Wirtschaftsausschuss@landtag.ltsh.de

Vereinigung der Unternehmensverbände  
in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V.

BDI-Landesvertretung Schleswig-Holstein

Geschäftsführer  
und Pressesprecher

Telefon 04331 1420-55  
Telefax 04331 1420-50  
E-Mail [schulze@uvnord.de](mailto:schulze@uvnord.de)

Rendsburg, 10. November 2016  
Sz./Ch.

### Stellungnahme von UVNord

#### Beschleunigung der Sanierung von Kreisstraßen in Schleswig-Holstein Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, Drucksache 18/4486

Sehr geehrte Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,  
sehr geehrter Herr Wagner,

anliegend übersenden wir Ihnen unsere UVNord-Stellungnahme zum vorgenannten Gesetzentwurf der Fraktion der CDU. Als wirtschafts- und sozialpolitischer Spitzenverband der norddeutschen Wirtschaft mit unseren 86 Mitgliedsverbänden, denen mehr als 42.300 Unternehmen mit rund 1,56 Millionen Beschäftigten in Hamburg und Schleswig-Holstein nehmen wir gern Stellung.

#### Zum Gesetzentwurf:

Die Begründung des Gesetzesentwurfes können wir im Wesentlichen mittragen. UVNord hatte sich bereits zu Beginn der Legislaturperiode gegen die Umkehr der Verteilungsquote von 70 : 30 zugunsten des ÖPNV ausgesprochen. Insbesondere ein Flächenland wie Schleswig-Holstein ist auf leistungsfähige Verkehrswege angewiesen – dies gilt auch für die Kreisstraßen. Um der Wirtschaftsförderung in diesem Land nicht das letzte Argument für Neuansiedlungen zu nehmen, müssen wir die Unterhaltung und Sanierung der kommunalen Straßen wieder auf gesunde Füße stellen.

Vor diesem Hintergrund stimmen wir dem Antrag zu, der eine deutliche Verbesserung des Kreisstraßennetzes in Aussicht stellt. Nach unserem Dafürhalten ist jedoch die Umkehr der Verteilung zugunsten des Kreisstraßennetzes und zu Lasten des ÖPNV noch nicht ausreichend, jedoch ein Schritt in die richtige Richtung. Die Mittel für den Straßenbau sind auch zukünftig zwingend aufzustocken.

Ein Verbleib bei der bisherigen Verteilungsquote würde sich volkswirtschaftlich immer negativer auf Schleswig-Holstein auswirken. Der Zustand der Kreisstraßen ist desolat und muss, aufgrund der Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte, an ein erträgliches Maß herangeführt werden. Daher ist die damalige Mittelumschichtung im Verkehrsetat zugunsten von ÖPNV und zu Lasten der Straße grundlegend zu revidieren. Die schleswig-holsteinische Wirtschaft erwartet ein klares Bekenntnis zum Ausbau und zum Erhalt des Straßennetzes. Gerade in ländlichen Regionen ist dies Grundvoraussetzung für wirtschaftliche Prosperität und für die vielen local heroes, die vor Ort Gewerbesteuer zahlen sollen und die Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze schaffen möchten. Eine Mindestverteilung von 70% des Etats auf die Ertüchtigung des Kreisstraßennetzes wäre ein solches Signal – es schafft wieder Vertrauen in den Standort.

Darüber hinaus begrüßen wir ausdrücklich die Differenzierung bei der Nichtabschöpfung etwaiger Mittel aus dem jeweiligen Verteilungsspielraum zugunsten des jeweiligen Anderen. Hierdurch können nicht abgerufene Mittel zugunsten des jeweiligen Anderen sinnvoll genutzt werden.

Aber auch wir sind uns bewusst, dass insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung der ÖPNV in der Fläche nicht abgehängt werden darf. Daher halten wir eine flexible Mittelverteilung, welche jedoch ein Mindestmaß an Verteilungsquote vorsieht, für gut geeignet, um auf die jeweiligen Belange einzugehen.

Mit freundlichen Grüßen



Sebastian Schulze